

WIR HABEN DIE WAHL



Energienetze jetzt zurückholen

Die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ ist nach wie vor der Überzeugung: »Die Netze sind der Schlüssel für die Energiewende.« Die GEW – so hat es der Landesvorstand beschlossen – unterstützt die Initiative

Am 22. September 2013 werden in der Energiepolitik die Weichen neu gestellt. Auf Bundesebene geht es um den Ausbau der erneuerbaren Energien, um Stromtrassen und die Endlagersuche für den noch Jahrtausende strahlenden Abfall der Atomkraftwerke. Beim Volksentscheid in Hamburg stimmen die Wähler_innen darüber ab, ob sie die Energienetze wieder in der Regie der Öffentlichen Hand sehen wollen. Eine solche Entscheidung ist nur alle 20 Jahre möglich.

Führende Wissenschaftler sind sich einig: „Im liberalisierten Markt hat zwar jeder Anbieter das Recht, seinen Strom und sein Gas in das jeweilige Netz einzuspeisen. Will man aber im Sinne des Klimaschutzes einen möglichst großen Anteil erneuerbarer Energien oder besonders effiziente Technologien fördern, müssen die Netze aber genau dafür entsprechend angepasst werden. Bei der Fernwärme existiert das Durchleitungsrecht übrigens nicht. Sie ist von der Erzeugung bis zum Kunden ein Vattenfall-Monopol.“

Experten wie Professor Christian Jänig sprechen sich deshalb grundsätzlich dafür aus, Energienetze in kommunaler Verantwortung zu betreiben.

Claudia Kemfert, Professorin für Energieökonomie und Nach-

haltigkeit und Abteilungsleiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), geht noch weiter und sagt: »Wer die Netze hat, hat die Macht!«

Wer Strom verkauft, hält nichts vom Sparen

In den nächsten Jahrzehnten geht es nicht mehr darum, Energie aus großen Kraftwerken großflächig zu verteilen, sondern darum, viele kleinere Kraftwerke ans Netz zu bringen, welche die Energie effizient und bedarfsgerecht produzieren. Gleichzeitig können große Stromverbraucher wie etwa Kühlhäuser zentral gesteuert werden, um Schwankungen im Netz auszugleichen.

Dass große Energiekonzerne an einem derartigen Systemwechsel wenig Interesse haben, liegt auf der Hand. Schließlich sind sie gleichzeitig als Versorger am Markt und wollen ihre großen Atom- und Kohlekraftwerke möglichst lange am Netz lassen. Ein Mahnmal für diese verkehrte Energiepolitik steht in Hamburg Moorburg. Dort hat Vattenfall für 2,8 Mrd. Euro einen gigantischen Klimakiller gebaut.

Für den Klimaschutz und die Verbraucher ist eine Ausrichtung auf Großkraftwerke verheerend. Besonders deutlich wird dies beim Thema Fernwärme.

Mit einer riesigen Wärme-

leitung durch Altona wollte Vattenfall die bisher vom Kohlekraftwerk Wedel versorgten Stadtteile an das neue Kohlekraftwerk Moorburg anschließen und so das Wärmeangebot im Hamburger Westen für die nächsten 40 Jahre festschreiben. Erst nach massiven Protesten in der Bevölkerung und einer erfolgreichen Klage des BUND musste der Konzern die Pläne aufgeben, plant jetzt aber ein ebenfalls überdimensioniertes Gaskraftwerk in Wedel.

Ein dezentral gespeistes und kommunales Wärmenetz dagegen könnte optimal mit der energetischen Sanierung von Gebäuden und dem dann sinkenden Wärmebedarf in Einklang gebracht werden.

Erpressung des Senats

Der Hamburger Senat ist sich dieser Zusammenhänge durchaus bewusst. Schließlich hat er im vergangenen Jahr 543,5 Millionen Euro bezahlt, um einen Anteil von 25,1 Prozent an den Hamburger Netzen zu erwerben. Nur: Mit 25,1 Prozent kann man bestenfalls Entwicklungen verhindern; um zu gestalten, reicht es nicht.

Bürgermeister Scholz nennt einen Beweggrund für diese „Lösung“: Er scheut die rechtliche Auseinandersetzung mit Vattenfall. Zwar regelt der zwischen dem Konzern und der Stadt im Jahr 1994 geschlossene Konzessionsvertrag für die Fernwärme, dass dieser wie auch die Verträge für das Strom- und Gasnetz eine Laufzeit von 20 Jahren hat und die Stadt somit die komplette Fernwärmeversorgung zurücknehmen kann.

Vattenfall streitet dieses Recht Hamburgs aber ab und beharrt darauf, sein Fernwärmemonopol für immer zu behalten. Mehr

WIR HABEN DIE WAHL

noch: Vattenfall hat den Verzicht auf eine juristische Klärung zur Eingangsbedingung für die Vertragsverhandlungen mit dem Hamburger Senat gemacht.

Der Volksentscheid ist die letzte Chance, diesen unglaublichen Vorgang zurückzudrehen und den erpresserischen Vertrag für nichtig zu erklären.

Ein Bündnis für die Netzurücknahme

Nicht ohne Grund stellen der BUND, die Verbraucherzentrale und ein Arbeitsbereich der Evangelischen Kirche die Vertrauensleute für die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ. Das Bündnis für den Volksentscheid umfasst mittlerweile 45 Organisationen, darunter die beiden großen Mietervereine, die GEW, den Bundesverband Windenergie Landesverband Hamburg sowie viele weitere Einrichtungen aus dem Sozial- und Umweltbereich.

Ein kommunaler Betrieb der Energienetze kann nicht nur den Klimaschutz befördern.

Die Erlöse aus dem Netzbetrieb werden für öffentliche Aufgaben verwendet. Mehr noch: Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) betont ausdrücklich, dass Gewinne steuermindernd mit oft defizitären Bereichen wie den städtischen Bädern oder dem Verkehrsverbund verrechnet werden können. Das Geld kommt damit direkt der Bevölkerung zugute.

Ein gutes Geschäft für die Stadt

Leider organisieren die Gegner der Netzurücknahme derzeit eine beispiellose Kampagne mit dem Ziel, die Hamburger zu verunsichern und beim Volksentscheid davon abzuhalten, für die Netzinitiative zu stimmen.

Die Rekommunalisierung sei angeblich ein nicht kalkulierbares finanzielles Risiko für die Stadt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Energienetze gelten als sicheres Geschäft, da jeder Anbieter sie braucht und für die Nutzung ein entsprechendes Entgelt bezahlt. Auch aus diesem Grund haben in den letzten Jahren mehr als 200 Kommunen ihre Energienetze zurückgeholt.

Die Netzentgelte für Strom und Gas werden von einer Regulierungsbehörde so festgelegt, dass der Betreiber einen attrak-

tiven Überschuss erzielen kann. Beim Fernwärmenetz gibt es keine regulierten Preise.

Die Energiekonzerne sehen sich also nicht als Wohltäter der Stadt: Sie kalkulieren knallhart. Wenn der Netzbetrieb in den nächsten 20 Jahren kein erfolgversprechendes Geschäft wäre, würden Vattenfall und E.ON ihr derzeitiges Monopol nicht mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Nur ein »Ja zu 100 Prozent« beim Volksentscheid am 22. September 2013 kann den Hamburger Sonderweg beenden.



JA, weil es sich lohnt!

~~X~~ JA zu 100%

UNSER HAMBURG UNSER NETZ

Volksentscheid am 22.9. HAMBURGER ENERGIENETZE IN DIE ÖFFENTLICHE HAND!

- Gut für Verbraucher
- Gut fürs Klima
- Gutes Geschäft für Hamburg
- Unabhängig von E.on und Vattenfall

ÜBRIGENS: Das Geld für den Netzkauf kommt nicht aus dem Haushalt, sondern ein städtisches Unternehmen kann einen günstigen Kommunalkredit aufnehmen – genauso wie es Herr Scholz mit der 25% Beteiligung an den Netzen macht.

www.unser-netz-hamburg.de